

Deklaration des Neuen Bundesstaates China



4. Juni 2020

Deklaration des Neuen Bundesstaates China

Präambel

Vor drei Jahren initiierten Miles Kwok (Guo Wengui) und Stephen K. Bannon die Whistleblower-Bewegung. Zusammen mit hunderten Millionen von Mitgliedern der Whistleblower-Bewegung haben wir dem chinesischen Volk und der internationalen Gemeinschaft Fakten geliefert, die die Illegalität und heimtückische Natur der Kommunistischen Partei Chinas ⁽²⁾ (KPCh/CCP) sowie ihre Täuschungsmanöver in vielen Fällen nachweisen. Um ein neues China mit Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit ins Leben zu rufen, haben wir mit dem Himalaya-Kontrollrat ⁽¹⁾, der wie die Rule of Law Foundation und die Rule of Law Society ⁽³⁾ von der internationalen Gemeinschaft anerkannt und völkerrechtlich geschützt ist, eine ehrenamtliche bürgerliche Körperschaft ohne Regierungstätigkeit gegründet. Der Himalaya-Kontrollrat schlägt eine Brücke zwischen dem Neuen Bundesstaat China ⁽⁴⁾ und der internationalen Gemeinschaft, um bei der Wahrung der Freiheitsrechte und dem Schutz des Eigentums zusammenzuarbeiten, gegenseitigen Respekt aufzubauen sowie eine gemeinsame Entwicklung von Menschen aus der ganzen Welt zu fördern.

Mission des Neuen Bundesstaates China

Um Frieden und Gerechtigkeit dauerhaft auf der Welt zu erhalten, muss die KPCh zerschlagen werden. Die KPCh ist eine von der Kommunistischen Internationale geförderte Terrororganisation, die die rechtmäßige Regierung Chinas umstürzte. Ihre totalitäre Herrschaft in China hat zu regelrechten unmenschlichen Gräueltaten geführt, bei denen Menschenrechte missachtet, Menschlichkeit zerstört, Demokratie mit Füßen getreten und Rechtsstaatlichkeit verletzt werden. Sie hat Staatsabkommen gebrochen, Menschen in Hongkong brutal ermordet und Tibeter umgebracht. Mit korrupten Machenschaften unterwandert die KPCh das gesellschaftliche Leben anderer Länder und bewirkt damit den weltweiten moralischen Verfall. Darüber hinaus hat die KPCh mit dem CCP-Virus, dem neuartigen Coronavirus (Covid-19), einen biologischen Angriffskrieg gegen die weltweite Bevölkerung in Gang gesetzt, der die Gesundheit und Existenz der gesamten Menschheit ernsthaft bedroht.

Dem versklavten chinesischen Volke kann nicht geholfen und der Weltfrieden nicht wirklich erreicht werden, solange die KPCh ihr Regime fortführt. Der Neue Bundesstaat China - ohne die KPCh - ist unerlässlich für den Frieden und die Prosperität aller Menschen auf der ganzen Welt.

Vision des Neuen Bundesstaates China

Der Neue Bundesstaat China sollte unter der gemeinsamen Aufsicht des Himalaya-Kontrollrates und internationaler Institutionen in Anlehnung an das westliche demokratische Rechtsstaatssystem und das einschlägige Völkerrecht eine Verfassung ausarbeiten, in der die Gewaltenteilung und freie Wahlen nach dem Prinzip "eine Person, eine Stimme" ⁽⁵⁾ verankert werden. Neben einem demokratischen Wahlsystem sollte ein Amtsenthebungsverfahren existieren, das dazu beiträgt, die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Die neue Verfassung ⁽⁶⁾ sollte folgende Punkte beinhalten:

1. Das Wesen der Staatlichkeit: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und die Unantastbarkeit des Privateigentums.
2. Das Streben nach dauerhaftem Frieden und gemeinsamer Entwicklung mit allen Völkern der Welt.
3. Bildung, Alters- und Gesundheitsversorgung sind Grundbedürfnisse der Bürger und sind gesetzlich sicherzustellen. Respekt vor Lehrenden und Bildung für alle. In Bildung, welche als das Fundament einer Nation gilt, soll verstärkt investiert werden, wobei man von Erfahrungen des Westens Gebrauch machen sollte.
4. Schutz der Natur und Tierwelt zugunsten eines harmonischen Zusammenlebens.
5. Für die Regionen wie Hongkong, Macao und Tibet sollten unverzüglich Sonderregelungen zur Selbstverwaltung erlassen und konsequent umgesetzt werden. In Bezug auf Taiwan sollte der Status quo beibehalten und der Handel ausgeweitet werden, um eine nachhaltige Entwicklung und gemeinsame Prosperität zu erreichen.
6. Beschlagnahme und Rückforderung des von den Kleptokraten der KPCh in Besitz genommenen Volkseigentums ⁽⁷⁾, welches an das Volk zurückzugeben ist.
7. Nach der Regierungsbildung wird eine Generalamnestie für alle Gefangenen mit Ausnahme von Schwerstverbrechern und Verbrechern gegen die Menschlichkeit gewährt.

Selbstverpflichtung des Himalaya-Kontrollrates

Anlässlich der Ausrufung des Neuen Bundesstaates China erklärt der Himalaya-Kontrollrat hiermit feierlich: Angesichts der Tatsache, dass die KPCh weiterhin die Staatsmacht innehat und alle Arten extremer Kontrollen über das chinesische Volk ausübt, wird der Kontrollrat alle Vorbereitungen für die Regierungsbildung und die Gestaltung der Außenbeziehungen übernehmen. Dabei werden wir eng mit Ländern, politischen Parteien, Verbänden und Freunden auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, die sich an den Vorarbeiten für die neue Regierung beteiligen und zwischen der Übergangsregierung und ihnen vermitteln. Mit unserem Einsatz werden wir dafür sorgen, dass die Weichen für die neue Regierung reibungslos und effektiv gestellt werden.

Der Himalaya-Kontrollrat wird stets mit berechtigten internationalen Kontrollinstanzen zur Überwachung der gesetzeskonformen Amtsführung der neuen Regierung kooperieren, wobei er sich an das Völkerrecht und die Gesetze der neuen Regierung zu halten hat und unter ständiger Aufsicht der zuständigen rechtmäßigen internationalen Organe steht.

Initiatoren und Verfasser der Deklaration

Weltweit hunderte Millionen von Mitgliedern der Whistleblower-Bewegung

Himalaya-Kontrollrat

Präsident der Rule of Law Foundation: Kyle Bass

Präsident der Rule of Law Society: Stephen K. Bannon

Initiator der Whistleblower-Bewegung und

Rule of Law Foundation sowie Rule of Law Society:

Miles Kwok (Guo Wengui)

4. Juni 2020

Anhang

(Anmerkungen und ergänzende Informationen)

(1) Der Himalaya-Kontrollrat

Das Wort "Himalaya" steht hier für liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit im neuen China. Der Himalaya-Kontrollrat verfolgt das Ziel, mit der internationalen Gemeinschaft die Sicherheit, Freiheit und Würde sowie das Eigentumsrecht des chinesischen Volkes rechtlich zu wahren, diesem eine gute Zukunft zu bieten und einen lang anhaltenden Frieden zwischen dem Neuen Bundesstaat China und der Welt zu erreichen.

Der Himalaya-Kontrollrat gründete sich auf der Rule of Law Foundation und Rule of Law Society, er ist eine gemeinnützige, ehrenamtliche und vom Völkerrecht geschützte bürgerliche Körperschaft. Der Kontrollrat wird immer als Drittinstanz fungieren und Brücken zwischen dem Neuen Bundesstaat China - ohne KPCh - und der Welt bauen. Dabei werden Plattformen für offene Zusammenarbeit geschaffen, die auf dauerhaften Frieden, Transparenz und Rechtskonformität ausgerichtet sind.

Darüber hinaus wird er ein juristisches, journalistisches, kulturelles und finanzielles Ökosystem entwickeln, das eng mit allen Ländern kooperiert und Mittel und Wege zur Nutzung fortschrittlicher Internet-Technologien zur Erhöhung der Transparenz und zur Senkung der politischen und wirtschaftlichen Kosten für den Betrieb demokratischer Institutionen erforschen.

Als eine Organisation vom öffentlichen Interesse mit Sitz in Übersee akzeptiert der Kontrollrat alle zwischen der vom chinesischen Volk gewählten neuen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika ausgehandelten Abkommen, welche strenge gesetzliche Auflagen einschließlich eines Strafmechanismus beinhaltet, um sowohl ihrer Rolle als zivilgesellschaftlicher Einrichtung zur Gewährleistung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit im neuen China gerecht zu werden als auch langfristige, wirksame, transparente und unparteiische Aufsicht zu gewähren.

Mitglieder des Himalaya-Kontrollrates, die gegen die Abkommen verstoßen, werden den härtesten rechtlichen Verfahren unterworfen, die sich aus den Gerichtsverfahren der Vereinigten Staaten von Amerika, der neuen Regierung, des Kontrollrates und der internationalen Kontrollinstanz ergeben.

Angesichts der enormen und weitreichenden Bedeutung der Demokratiebewegung im Jahr 1989, die am 4. Juni mit einem Massaker auf dem Tian'anmen-Platz endete, hat der Himalaya-Kontrollrat das besondere Datum gewählt, um der Welt feierlich die Deklaration des Neuen Bundesstaates China zu verkünden.

(2) Die heimtückische Natur der KPCh/CCP

Seit ihrer Machtübernahme im Jahr 1949 hat die KPCh mehrere tragische politische Kampagnen mit beispielloser Brutalität durchgeführt: die Landreform, die Unterdrückung der Konterrevolution, den Großen Sprung nach vorn, die Kulturrevolution, Familienplanung und viele andere unmenschliche Taten haben das Leben von Hunderten von Millionen Menschen gekostet. Darüber hinaus hat sie die chinesische Kultur mit jahrtausendealter Tradition zerstört. Sie hat nicht nur die chinesischen Eliten zugrunde gerichtet, sondern auch die elitebildenden Strukturen einer Gesellschaft zerstört.

Die KPCh unterdrückte blutig die Demokratiebewegung im Jahr 1989 und verübte am 4. Juni das Massaker an Studenten und Bürgern auf dem Tian'anmen-Platz. In den darauffolgenden Jahren täuschte sie die Vereinigten Staaten von Amerika und andere westliche Länder, um der Welthandelsorganisation beizutreten. Die Kleptokraten der KPCh entwickeln ihre Wirtschaft, indem sie die chinesischen Bürger als billige Arbeitskräfte ausbeuten, die Umwelt gründlich verschmutzen und die Ressourcen zerstören.

Der erwirtschaftete Reichtum wird nicht mit dem Volk geteilt, stattdessen wird der Reichtum gestohlen und an unzählige uneheliche Kinder, LiebhaberInnen und Strohleute im Ausland weitergeleitet.

Die KPCh missachtet das Gesetz und die Gerechtigkeit, regiert das Land mittels Lügen, Erpressungen, Polizeigewalt und Korruption. Sie veruntreut und beschlagnahmt willkürlich und widerrechtlich das Eigentum von Privatunternehmern. Sie verstößt gegen die vertragliche Verpflichtung, dass die "ein Land, zwei Systeme"-Politik in Hongkong für 50 Jahre nicht geändert werden darf. Sie unterdrückt und foltert die Menschen in Hongkong brutal, die für Freiheit und Demokratie eintreten. Sie baut Streitkräfte aus, bereitet auf Kriege vor, bedroht Nachbarländer und führt darüber hinaus einen uneingeschränkten Krieg, indem sie Viren als biologische Waffe gegen die Menschheit entwickelt. Die KPCh verschweigt die Wahrheit und verbreitet Viren in mehr als 180 Länder und Regionen der Welt, wodurch Millionen von Menschen infiziert sind und Hunderttausende unschuldiger Zivilisten ihr Leben verloren haben.

(3) Die Rule of Law Foundation und Rule of Law Society

Die Rule of Law Foundation und die Rule of Law Society sind nach dem US Internal Revenue Service (IRS) Code 501(c)(3) und 501(c)(4) gegründete gemeinnützige Organisationen. Sie sind im Staat New York, Vereinigte Staaten von Amerika, registriert und unterliegen der Aufsicht des Generalstaatsanwalts des Staates New York.

Vision: Das chinesische Volk soll in einem neuen föderalen politischen System des Neuen Bundesstaates China leben, in dem die Rechtsstaatlichkeit unabhängig ist und die Freiheit der Religionsausübung, die Meinungsfreiheit und das Privateigentum durch ständige Gesetze geschützt sind.

Mission: Aufdeckung von Korruption und Illegalität in den politischen, rechtlichen, geschäftlichen und finanziellen Systemen unter dem KPCh-Regime. Überwachung und Aufdeckung von Gesetzesverstößen, die in der neuen Regierung auftreten können.

Grundwerte: Praktizierung hoher ethischer Standards der Integrität und Verantwortlichkeit. Den Menschen im Neuen Bundesstaat China Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; diejenigen zu schützen und zu unterstützen, die vom KPCh-Regime verfolgt werden und wurden, insbesondere weil sie sich gegen Ungerechtigkeiten ausgesprochen haben; Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit, Schutz des Privateigentums und Förderung des öffentlichen Verständnisses für Rechte und Freiheiten des Einzelnen; Überwachung von Regierungsaktivitäten.

(4) Der Neue Bundesstaat China (5) Die Regierung (6) Die Verfassung

Mithilfe und unter Aufsicht des Himalaya-Kontrollrates wird das chinesische Volk in einem Land - ohne die KPCh - nach dem Prinzip "eine Person, eine Stimme" wählen können, woraus die neue nationale Regierung hervorgeht.

1. Die neue Regierung geht aus einer Wahl nach dem Prinzip "eine Person, eine Stimme" hervor. Es steht den Bürgern frei, politische Parteien zu gründen und bei den Wahlen zu kandidieren. Eine politische Partei muss von mindestens einem Drittel der gültigen Stimmen unterstützt werden, um an den Wahlen auf Bundesebene teilnehmen zu können.

Der neuen Verfassung und den neuen Gesetzen werden das westliche Recht, insbesondere das britische "Common Law" und das US-amerikanische "Case Law" zugrunde liegen und sie werden durch Volksabstimmungen entschieden. Durch die Verfassung und die Gesetze werden die Befugnisse und Funktionen der Regierung festgelegt und eingegrenzt, während die Rechte, Pflichten und Interessen der Bürger gewahrt werden. Die neue Regierung steht unter der gemeinsamen Aufsicht des chinesischen Volkes, des Himalaya-Kontrollrates und internationaler Rechtsinstitutionen.

2. Errichtung eines demokratischen Staates mit Gewaltenteilung. Die Exekutive, die Legislative und die Judikative sind voneinander getrennt und richten sich gegen Machtkonzentration und Willkür im Absolutismus. Die Regierung geht aus einer Wahl des Volkes gemäß dem Prinzip "eine Person, eine Stimme" hervor und darf nicht der Kontrolle von Interessengruppen wie Parteien und Oligarchen unterliegen. Informationen über die Finanzen der Regierung und ihre Entscheidungsfindung sollten transparent, offen und überprüfbar sein. Beamte sind zur Offenlegung ihres Vermögens verpflichtet.
3. Fehlurteile und gefälschte Fälle in der Justiz aus vergangenen politischen Kampagnen wie der Kulturrevolution, der Demokratiebewegung vom 4. Juni und dem sogenannten Kampf gegen Korruption sollten gesetzgemäß geprüft und aufgehoben werden. Die Opfer werden nach Maßgabe des Gesetzes entschädigt. Widerrechtlich beschlagnahmte Vermögenswerte von Privatpersonen und Unternehmen werden dem Gesetz entsprechend zurückgegeben. Gegen die Kleptokraten der KPCh soll ermittelt werden. Veruntreutes und verstecktes Vermögen der vergangenen und aktuellen Machthaber ist von ihnen bzw. deren Strohleuten wiederzuerlangen und an den neuen Staat bzw. das Volk zurückzugeben. Eine Generalamnestie gemäß dem Völkerrecht wird allen Mitgliedern der KPCh und Gefangenen (mit Ausnahme der Schwerstverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit) gewährt.
4. In Anlehnung an das politische System der Vereinigten Staaten von Amerika vertritt die Bundesregierung die nationale Souveränität und den Provinzen bzw. Bundesstaaten werden weitgehende Autonomie gewährt. Regionen wie Hongkong, Macao und Tibet genießen einen besonderen Autonomiestatus, der sich auf alle Bereiche außer Verteidigungs- und auswärtigen Angelegenheiten bezieht. Unter Beibehaltung des Status quo wird der Status Taiwans von der zukünftigen neuen Regierung und den Bürgern in Taiwan und auf dem chinesischen Festland gemeinsam entschieden.

Das Prinzip der Selbstverwaltung, wie Hongkong von Hongkongern, Taiwan von Taiwanern, Macao von Macauern und Tibet von Tibetern regiert wird, sollte umgesetzt werden. Die Amtsführung der besonderen autonomen Regionen unterliegt der gemeinsamen Aufsicht und Kontrolle des Volkes, der neuen Bundesregierung, des Himalaya-Kontrollrates und der

zuständigen internationalen Institutionen, um separatistische Tendenzen und Warlord-Kräfte von vornherein zu unterbinden.

5. Die neue Regierung wird mit allen Ländern der Welt Abkommen zur Sicherung des ewigen Friedens schließen, die auf vertraglicher Gegenseitigkeit, reziproker Vorzugsbehandlung, Dauerhaftigkeit und Überprüfbarkeit beruhen.

Die Abkommen umfassen Bereiche wie Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft, Technologie, Kultur, Bildung, geistiges Eigentum, gegenseitige Marktöffnung und Freizügigkeit von Personen. Die neue Regierung sollte mit den zivilisierten Ländern, geleitet von den Vereinigten Staaten von Amerika, eine Rechtskommission für dauerhafte friedliche Koexistenz und internationale Kooperation einberufen. Nachdem die Rechtsbefugnisse der Kommission durch die Verfassung der beteiligten Länder bestätigt worden sind, werden der Rechtskommission Aufsichts- und Sanktionsrechte gegenüber dem Neuen Bundesstaat China zugesprochen.

6. Die neue Regierung fördert in Offenheit und Großherzigkeit internationale Zusammenarbeit. Das neue China sollte der Welt immerwährend geöffnet bleiben und mit ihr auf Basis der Gleichstellung und Unabhängigkeit interagieren. Mit Ausnahme der Bereiche, die die nationale Sicherheit und Integrität betreffen, steht die Anstellung in allen Bereichen wie Bildungswesen, Kultur, Sport, Medienverwaltung, einschließlich der Regierungsbehörden und des Zolls ausländischen Bürgern auf der Grundlage der bilateralen Gegenseitigkeit offen. Die Rekrutierung von Personal sollte unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter, Nationalität und Religion leistungsbezogen erfolgen. Die Freizügigkeit der chinesischen Bürger sollte gewährleistet werden, um eine ausgewogene und wechselseitig profitable Entwicklung mit allen Ländern der Welt zu erreichen.

7. Bei der Landesverteidigung wird eine ultradefensive Militärpolitik verfolgt, die, mit Ausnahme von streng geheimen Angelegenheiten wie der nationalen Sicherheit, nach außen hin offen und transparent sein sollte, um eine dauerhafte friedliche Koexistenz zwischen dem neuen China und der Welt zu ermöglichen. Es sollte mit der großen Mehrheit der Länder der Welt, geleitet von den Vereinigten Staaten von Amerika, sicherheitsschaffende Maßnahmen aufgebaut werden, die auf Basis des Nichtangriffs, des Vertrauens und der Kontrolle einen dauerhaften Frieden herbeiführen können.

Die Streitkräfte müssen parteiunabhängig, politisch neutral, verfassungstreu und staatsloyal sein. Sie werden ausschließlich dem Bundesstaat untergeordnet sein. Das derzeitige System des Wehrdienstes sollte durch Berufssoldaten ersetzt werden. Die Armee darf sich unter keinen Umständen in Politik oder in Auseinandersetzungen unter Warlords oder zur Niederschlagung von Ausschreitungen bzw. zur Unterdrückung der Zivilbevölkerung unter Berufung auf das Kriegsrecht eingesetzt werden. Verstöße dagegen gelten als militärische Revolte und die Anführer werden als Staatsfeinde eingestuft. Den Beteiligten werden alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte aberkannt und entzogen. Die Bundes- und Lokalregierungen benötigen für die Durchführung militärischer Operationen gegen Aufständische keinen gesonderten Auftrag des Volkes.

8. Das System des Sozialismus und die Eigentumsrechte des sozialistischen Staates sind für immer abzuschaffen. Die Rechte und Interessen der Privatpersonen, insbesondere das unbefristete Eigentumsrecht an Land und Immobilien, sind gesetzlich zu schützen. Das Privateigentum ist unantastbar.

9. Die Religionsfreiheit der Bürger ist verfassungsmäßig zu garantieren. Bekenntnis- und Religionsausübungsfreiheit sind nach Maßgabe des Gesetzes zu genießen. Strikte Trennung von Religion und Politik ist einzuhalten. Es sollte verboten werden, religiöse Überzeugungen für politische Zwecke oder zur betrügerischen Bereicherung zu nutzen.
10. Die Rede-, Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit und Freizügigkeit der Bürger ist gesetzlich sicherzustellen. Das Haushaltsregistrierungssystem ist fristgebunden abzuschaffen. Die Internet-Firewall muss vollständig abgeschafft werden, um den Bürgern den freien Zugang zu Informationen zu ermöglichen.
11. Die Medienfreiheit und ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung sind gesetzlich zu verankern. Die Nachrichtenmedien unterliegen keiner politischen Zensur und bilden neben der Legislative, Exekutive und Judikative die "vierte Gewalt". Die Freiheit der Medien zur Berichterstattung und ihre Funktion zur Überwachung der Regierung müssen per Gesetz sichergestellt werden. Gleichzeitig sollte eine Gesetzgebung geschaffen werden, die der Falschdarstellung in den Medien Einhalt gebietet.
12. Es sollte ein harmonisches Zusammenleben der Menschen mit der Natur und Tierwelt gefördert werden. Um die Umweltverschmutzung zu bekämpfen und der Natur Ruhe und Erholung zu ermöglichen, sollte baldmöglichst ein Umweltschutzgesetz verabschiedet werden. Es sollten Artenschutzgesetze erlassen werden, die den Verzehr von geschützten oder menschnahen Tieren wie Katzen, Hunden, Affen, etc. verbieten, mit Ausnahme von religiösen und volkstümlichen Gründen.
13. Zur Aufklärung der Individuen und Transformation der Gesellschaft sowie für den zivilisatorischen Fortschritt sollte Bildung in den Mittelpunkt der nationalen Politik gerückt werden. Es sollte Lehrende respektiert, Kulturerbe tradiert und auf die Zukunft ausgerichtet werden. Man sollte darauf achten, dass Bildung politisch neutral bleibt und sich ihrer eigenen Gesetzmäßigkeiten entsprechend entwickeln kann. In Anlehnung an fortschrittliche westliche Bildungsmodelle und unter Nutzung moderner Technologie sollte der neue Staat bei Bildungsinvestitionen mehrgleisig vorgehen, um Chancengleichheit und praxisorientierte, freie sowie auf persönliche Entwicklung ausgerichtete Bildung zu ermöglichen. In Wissenschaft und Kultur sind unabhängige und freie Leistungen zu gewähren sowie pluralistische Entwicklungen zu fördern.
14. Das bisherige politisch motivierte Sportwesen ist abzuschaffen. Moderner Leistungssport, bei dem die Persönlichkeit und Gesundheit des Einzelnen respektiert wird, sollte gefördert werden. Schülern sollte für Sport hinreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden, um ihnen eine gute physische Grundlage zur kognitiven und Persönlichkeitsentwicklung zu schaffen.
15. Für sozial schwache Gruppen sollte die Gesetzgebung eine umfassende soziale Absicherung schaffen. Dazu gehört auch die Anlehnung an die von kooperierenden internationalen Organisationen anerkannte Gesetzesvorlage, die die physische und soziale Sicherheit von Kindern und Frauen gewährleistet. Die Familienplanungspolitik ist vollständig abzuschaffen. Gegen Entführung von und Handel mit Frauen und Kindern sowie gegen häusliche Gewalt sind strenge Gesetze zu erlassen. Älteren Menschen, Behinderten und Veteranen samt deren Familienangehörigen ist der Zugang zu den vom Staat gewährten Versicherungen, medizinischer Versorgung und anderen Leistungen sicherzustellen.

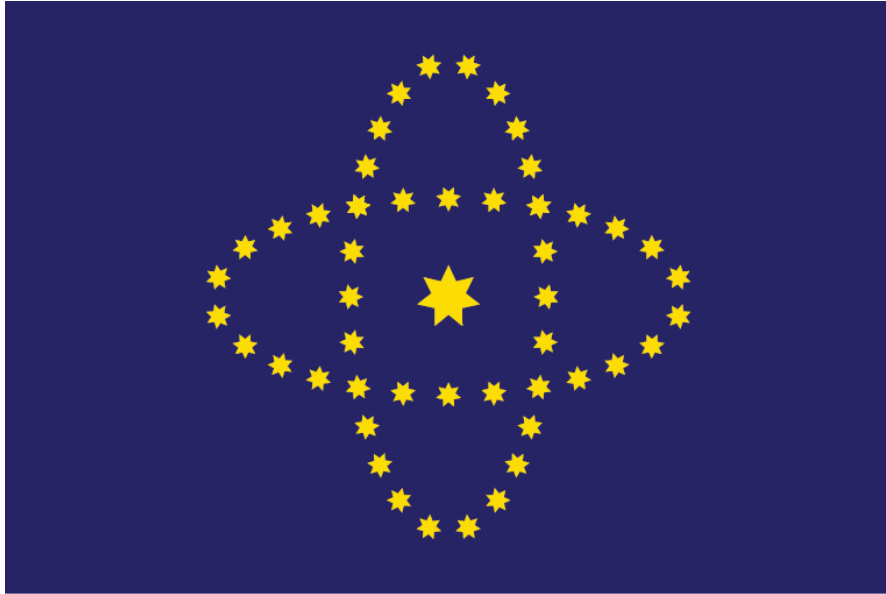
16. Ein gesetzliches bundesweites Krankenversicherungssystem sollte allen Bürgern eine Basisabsicherung und Zugang zu medizinischer Versorgung gewährleisten. Auf freiwilliger Basis können neben der medizinischen Grundversorgung auch zusätzliche medizinische Leistungen auf eigene Kosten in Anspruch genommen werden.
17. Die Bekämpfung von Fälschung und Betrug in allen Bereichen sollte zu einem wichtigen Bestandteil der neuen Verfassung und der einschlägigen Gesetzgebung werden. Der Fälschung, Piraterie und Lügen in allen Bereichen wie Journalismus, Wissenschaft, Handel und ideologischer Propaganda sollte mit strenger Strafe ein Ende gesetzt werden, um residualen Einfluss der KPCh in China auszumerzen.
18. Sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstitutionen werden dazu angeregt, in wissenschaftliche und technologische Innovationen zu investieren. Der Staat muss zum Schutz von Patenten und geistigen Eigentumsrechten strenge Gesetze erlassen und gegen Piraterie und andere Verletzungen geistiger Eigentumsrechte konsequent durchgreifen.

(7) Wiedererlangung von durch die KPCh angeeigneten Vermögenswerten

Im "Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption" wird die Rückgabe von Vermögenswerten in Kapitel V als ein wesentlicher Grundsatz des Übereinkommens bezeichnet. Dabei dienen die dortigen Bestimmungen über die Wiedererlangung von Vermögensgegenständen als Rahmen für Aufdeckung, Einfrieren, Einziehen und Rückgabe von Erträgen aus Straftaten.

Die Vertragsstaaten können das Übereinkommen selbst bereits als Rechtsgrundlage verwenden. In den meisten Fällen erhält der ersuchende Vertragsstaat die wiedererlangten Erträge, solange er die Eigentümerschaft an den Vermögenswerten nachweisen kann. In einigen Fällen können die Vermögensgegenstände direkt an die einzelnen Opfer zurückgegeben werden.

1. Der Himalaya-Kontrollrat behält sich das Recht auf die endgültige Auslegung des Inhalts dieser Deklaration vor.
2. Der Inhalt dieser Deklaration ist in chinesischer Sprache abgefasst. Übersetzungen in anderen Sprachen gelten lediglich als Referenz.



Die Flagge des Neuen Bundesstaates China

Alias I: 49-Kosmossterne Flagge

Alias II: Himalaya-Sterne Flagge

Seitenverhältnis: 3:2

Farbe: Ozeanblau, Sonnengold

Einweihungsdatum: 26. Mai 2020

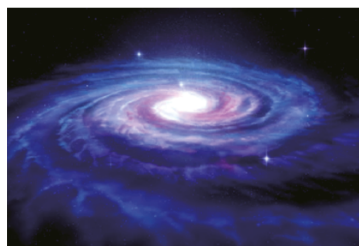
Datum der ersten öffentlichen Anwendung: 4. Juni 2020

Form: eine blaue rechteckige Flagge, umgeben von 49 goldenen Himalaya-Sternen in einer Doppelellipse in Form des chinesischen Schriftzeichens für „Mitte“ (Reich der Mitte).

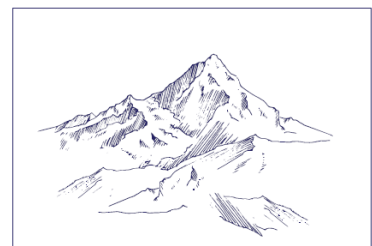
Zusammensetzung der Elemente:



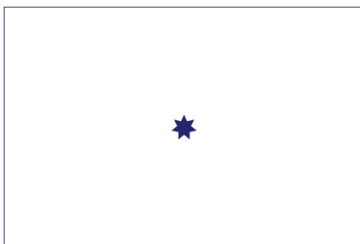
Das chinesische
Schriftzeichen für „Mitte“



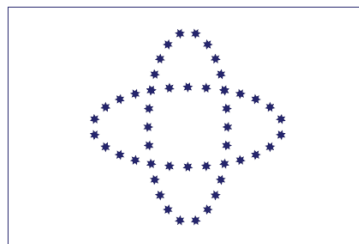
Das Universum und die
Galaxien



Der Himalaja



Stern des Glaubens



Die Sternenketten



Die Flagge des Neuen
Bundesstaates China

Bedeutung: "Mission des Himmels"

1. Die insgesamt neunundvierzig Sterne des Universums bilden die Form des chinesischen Schriftzeichens für "Mitte (中)". Sie sind innen und außen, vertikal und horizontal miteinander verbunden und reflektieren sich gegenseitig. Das Gleichgewicht von Yin und Yang wird durch die Verbundenheit von Himmel und Erde aufgezeigt. Zusammen bilden sie einen symmetrischen und stabilen Raum kosmischer Energie. Jeder Stern ist ein Symbol des Lebens, das für die Menschenrechte und die Gleichheit aller Wesen steht. Die Kraft der Sterne zusammen symbolisiert Solidarität, Vereinigung und das Festhalten an der göttlichen Mission des Himmels.
2. Der Stern in der Mitte symbolisiert den Sternenhimmel im Herzen des Menschen. Er ist ein gutes Omen für die Ewigkeit. Im Neuen Bundesstaat China ehrt das Volk die Götter. Mit Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Respekt gegenüber Älteren, liebevollem Umgang mit Jüngeren und Wertschätzung der Frauen als Kern der gemeinsamen Werte, vereinigt sich das Volk und verteidigt die Rechtschaffenheit. Alle Länder der Welt werden in Frieden und Freundschaft zusammenkommen und sich in Verbundenheit nach der neuen Epoche der Gerechtigkeit und unvergänglicher Zivilisation trachten. Es erstrahlen alle Götter des Universums über China.
3. Das Gold der Sonne, das für die hohe politische Integrität steht, symbolisiert Reichtum, Frieden, Volksvertrauen, Macht, Erlesenheit und Freude, während das Blau des Ozeans die Lebensquelle darstellt und die zeitliche und räumliche Unendlichkeit, die natürlichen, geheimnisvollen, romantischen und traumhaften Dimensionen symbolisiert. Das Wasser und die Sonne nähren das Leben, das Wasser und das Gold regen sich gegenseitig an. Blau steht für Yin, Gold für Yang. Aus sich ergänzenden Gegensätzen des Yin und Yang geht die gesamte Welt der Erscheinungen hervor. Diese Farbkombination symbolisiert den heiligen Geist des Himalayas, welcher strahlt und zeitlos bleibt.

Gebetsworte von Miles Kwok:

Miles Kwok sprach ein Gebet zur Einweihung der Flagge des Neuen Bundesstaates China.

Lasst uns für die 1,4 Milliarden Chinesen beten! Dankt Gott, dass er uns nun mit dieser heiligen und mächtigen Waffe ein neues Kapitel in unserer Geschichte eröffnet. Lasst uns die Kommunistische Partei Chinas zu Fall bringen und wieder zum Mut und zur großen Weisheit des chinesischen Volkes zurückfinden. Der Zauber der 49 kosmischen Sterne in der Sphäre wird jeden bösen Geist verbannen, damit unser chinesisches Volk wiederaufleben kann!

--- Miles Kwok zuhause in New York City am 26. Mai 2020 um 2:46 Uhr New Yorker Zeit

Anlagen:

Namensliste der Designer

Chefberater für das Design und Generaldirektor: Miles Kwok

Generalplaner: Weizisunaiqi Wenxi (Mitglied der Whistleblower-Bewegung)

Chefdesigner: CCgerP (Mitglied der Whistleblower-Bewegung)

Stellvertretender Chefdesigner: Wenfangsibao (Mitglied der Whistleblower-Bewegung)

Generalsekretär und Koordinator: Ms. L Talk (Mitglied der Whistleblower-Bewegung)

Design Assistenz: X-MEN, Mingyueqingfeng, Wenhua, Wenxi, Cunzaizhuyikafeiguan, Wensibudong, Wenchengcheng, Amber

Namensliste der Übersetzer

Übersetzer: RT, Maosheng

Lektorat: Mild Seven

Unterstützer: Gongzu, Danny, WEN Dashi